UZ-Studienmaterial für die Schwerpunktthemen in der Vorbereitungswoche

Jalta – Potsdam – Helsinki und die europäische Friedensordnung

Zum Thema:

Jalta, Potsdam, Helsinki - Hauptaufgaben im Kampf um Frieden und Abrüstung

In Realisierung der bereits auf der Jaltaer Konferenz im Februar 1945 getroffenen Grundsatzentscheidungen befaßte sich die Berliner Konferenz der Drei Mächte – auch als Potsdamer Konferenz bezeichnet – im Juli/August 1945 vor allem mit europäischen Angelegenheiten. In diesem Zusammenhang sind vier Nachkriegsziele hervorzuheben:

1. Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit Polens und der CSR (beide waren annektiert worden!),

2. Deutschland betreffende Festlegungen, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen kann,

3. Abschluß von Friedensverträgen mit den Satelliten Hitlerdeutschlands, nämlich Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland,

4. Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs und Abschluß eines Staatsvertrages mit diesem Land.

Das Potsdamer Abkommen formulierte die grundlegenden Anforderungen für die Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland – Demokratisierung, Dekartellisierung, Demilitarisierung und Denazifizierung. Damit sollte dem deutschen Volk die Möglichkeit gegeben werden, „sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen".

Mit der Schlußakte von Helsinki 1975 wurde eine Magna Charta des Friedens in Europa angenommen, die unter den heutigen Bedingungen den Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg für Europa gezogen hat und den Geist der Antihitlerkoalition manifestiert. Hiervon ausgehend wird im Aufruf der DDR zum 8. Mai völlig zu Recht betont, daß die Existenz der beiden deutschen Staaten einen unabdingbaren Faktor der Nachkriegs- und Friedensordnung in Europa darstellt. „Sie sind ein Element des Kräftegleichgewichts, wie es sich im Ergebnis des Krieges und der Nachkriegszeit herausbildete. Insofern sind sie unverzichtbar für eine europäische Friedensordnung." Die Aufrüstung der BRD, die Stationierung von atomaren Erstschlagwaffen in der BRD und die damit erneut von deutschem Boden ausgehende Weltkriegsgefahr ist eine schwerwiegende Verletzung der Beschlüsse von Jalta und Potsdam, denn die beiden deutschen Staaten haben eine besondere Verantwortung für den Frieden in Europa.

Hauptaspekte der sozialistischen Friedenspolitik

Die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft betreiben eine konsequente Friedenspolitik. Für sie ist angesichts der direkten Friedensbedrohung durch den imperialistischen Hochrüstungskurs speziell in den 80er Jahren die Gewährleistung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit die wichtigste außenpolitische Aufgabe. Dies wurde von ihnen des öfteren betont. So heißt es in der Deklaration der Mitgliedsstaaten des RGW „Die Erhaltung des Friedens und die internationale Zusammenarbeit" vom Juni 1984: „Es gibt heute keine dringlichere Aufgabe als die Erhaltung des Weltfriedens, die Abwendung einer nuklearen Katastrophe" (ND vom 16./17. 6. 1984).

Der Generalsekretär des ZK der SED, Gen. Erich Honecker, sagte in der Rede auf der 10. Tagung des ZK der SED: „Noch immer ist die internationale Lage durch den Hochrüstungs- und Konfrontationskurs der aggressivsten Kreise der USA und der NATO zugespitzt und kompliziert. Die Versuche des Imperialismus, das bestehende annähernde militärstrategische Gleichgewicht zu zerstören, sich ein Übergewicht zu verschaffen und soziale Revanche für seine historischen Niederlagen zu nehmen, haben zur ernstesten Bedrohung des Weltfriedens seit dem Ende des zweiten Weltkrieges geführt. Niemand kann übersehen, daß die USA, unterstützt von anderen NATO-Staaten, ihre Hochrüstung forcieren, unablässig neue Rüstungsprogramme beschließen und die Militarisierung des Kosmos betreiben.

Zugleich zeitigen die unermüdlichen konstruktiven Friedensinitiativen der Sowjetunion, des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, unseres Freundes und Genossen Michail Gorbatschow, und der anderen Länder unserer sozialistischen Gemeinschaft, ihre feste Entschlossenheit, eine militärstrategische Überlegenheit der USA und der NATO auf keinen Fall zuzulassen, bedeutende Wirksamkeit. Sie ermutigen alle in der Welt, denen daran liegt, die Atomkriegsgefahr zu bannen, das Wettrüsten auf der Erde anzuhalten und seine Ausdehnung auf den Kosmos zu verhindern, wegzukommen von der Konfrontation und zur Entspannung zurückzukehren."

Erst kürzlich unterbreitete der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, weitere Vorschläge: ein Moratorium für die Schaffung kosmischer Angriffswaffen und das Einfrieren der strategischen Offensivwaffen beider Seiten während der gesamten Zeit der Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA; die Einstellung der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa und der dementsprechenden Gegenmaßnahmen.

Außerdem hat die Sowjetunion alle kernwaffenbesitzenden Mächte aufgefordert, ein Moratorium für beliebige nukleare Explosionen einzuführen, das bis zum Abschluß eines Vertrages über das vollständige Verbot von Kernwaffenversuchen gelten sollte.

Hauptgründe für die rapide Verschlechterung der internationalen Beziehungen und die direkte Bedrohung des Weltfriedens durch die imperialistischen Staaten in den 80er Jahren

Auf der Basis des europäischen Vertragswerkes, wozu hauptsächlich bilaterale völkerrechtliche Verträge zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten sowie das politische Dokument Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 1975 gehören, kam es zur Normalisierung und teilweise zur Vertiefung der politischen, ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen.

Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre vollzog sich jedoch der Übergang von der Entspannungspolitik zur imperialistischen Konfrontationspolitik. Speziell seit Anfang der 80er Jahre erleben wir eine rapide Verschlechterung der internationalen Beziehungen und eine direkte Bedrohung des Weltfriedens. Welche Gründe gibt es hierfür?

1. An erster Stelle ist die Art und Weise zu nennen, wie die führenden imperialistischen Staaten auf die sich gerade in der Zeit der Entspannung vollzogenen Veränderungen sozialpolitischen Charakters in Südostasien, in Afrika und teilweise auch in Lateinamerika reagieren. Mehrere junge Nationalstaaten entschieden sich für einen Entwicklungsweg mit sozialistischer Orientierung. Seit 1970 und vor allem seit 1974 fordern die Entwicklungsländer mit Vehemenz die Schaffung einer „Neuen internationalen Wirtschaftsordnung", d. h. internationale Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage der Grundprinzipien des Völkerrechts. Hierbei handelt es sich um eine Forderung mit eindeutig antiimperialistischer Ausrichtung. Die Entwicklungsländer werden dabei von den sozialistischen Staaten allseitig unterstützt. Hierdurch wird aber der Aktionsradius des Weltimperialismus allmählich stark eingeengt. Damit wollen sich allerdings die imperialistischen Staaten nicht abfinden.

2. Der in den imperialistischen Staaten latent existierende Antikommunismus und Antisowjetismus wurde in den 80er Jahren zur offiziellen Staatsdoktrin des amerikanischen Imperialismus erhoben, was sich auf die Innen- sowie auf die Außenpolitik erheblich auswirkt. Im Rahmen eines großangelegten antikommunistischen Kreuzzuges verleumdet Reagan pauschal den Sozialismus als das „Zentrum des Bösen", das man vernichten soll.

3. Parallel zu der pauschalen und globalen Verteufelung des Sozialismus forcieren die imperialistischen Staaten den Hochrüstungskurs. Die von ihnen betriebene Hochrüstung hat gegenwärtig kaum noch vorstellbare Ausmaße angenommen. So haben allein die USA für den Zeitraum von 1985 bis 1990 etwa zwei Billionen Dollar für Rüstungszwecke geplant.

4. Die Verteufelung des Sozialismus und der imperialistische Hochrüstungskurs werden von der wiederholten Verkündigung von extrem friedensgefährdenden Doktrinen begleitet, wie jener des „begrenzten Kernwaffenkrieges" in Europa („Direktive 59").

5. Die NATO-Staaten unternehmen alles, um das militärische Gleichgewicht zu ihren Gunsten zu verändern. In diesem Zusammenhang ist speziell seit 1979 (Annahme des NATO-Raketenbeschlusses) von einer notwendig gewordenen „Nachrüstung" die Rede, um angeblich das Gleichgewicht zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag wiederherzustellen.

6. Die imperialistischen Staaten setzen in den 80er Jahren die „ökonomischen" Waffen in verstärktem Maße ein. Die „Wirtschafts-", „Handels"-, „Kredit"- und „Lebensmittelwaffen" richten sich hauptsächlich gegen kleine und schwache junge Nationalstaaten, die einen progressiven innen- und außenpolitischen Kurs verfolgen und nicht bereit sind, sich nach den imperialistischen Interessen der USA zu richten.

7. Durch die imperialistischen Staaten und vor allem durch die USA werden Grundprinzipien des Völkerrechts nach wie vor brutal verletzt. Dies gilt in erster Linie für die Grundprinzipien des Gewaltandrohungs- und Gewaltanwendungsverbotes (Grenada, Nikaragua, Doktrin des „Erstschlages"), des Einmischungsverbotes (El Salvador, Afghanistan, Libanon), des Selbstbestimmungsrechts (Puerto Rico, Palästina) und der Vertragstreue (Politiken der USA-Regierung gegenüber mehreren sozialistischen Staaten und negative Haltung zu bereits geschlossenen Verträgen).

Auch hieraus kann geschlußfolgert werden, daß nicht das Völkerrecht und nicht Verträge – sie besitzen nur eine verstärkende Bedeutung – die imperialistischen Staaten beeindrucken, sondern die militärische Macht des Sozialismus. Nur davor haben die imperialistischen Staaten Respekt. Deshalb ist die weitere militärische Stärkung des Sozialismus, um eine Veränderung des militärstrategischen Gleichgewichts zugunsten der NATO-Staaten zu verhindern, der wichtigste Friedensgarant und ein zutiefst humanistische Zielstellung.

Hauptinhalt und qualitative Merkmale der Realisierung der neuen Etappe der ökonomischen Strategie des X. Parteitages der SED und Grundfragen der ökonomischen Entwicklung bis zum XI. Parteitag

Zum Thema:

Die neue Etappe in der Verwirklichung der ökonomischen Strategie und die Konsequenzen für Wissenschaft und Bildung

Die DDR-Wirtschaft hat in den letzten vier Jahren eine Reihe von wichtigen Erfahrungen mit der Umstellung der Wirtschaft auf die Intensivierung gemacht. Dabei handelt es sich nicht um Randfragen, sondern um Schlüsselfragen der Ökonomie, um zentrale Fragen der Steigerung der Effektivität der Volkswirtschaft.

– Es gelang, das Nationaleinkommen kontinuierlich und im raschen Tempo zu erhöhen. Der bisher größte jährliche Zuwachs wurde 1984 mit 5,5 Prozent erreicht. Verbunden damit war ein Wachstum der Arbeitsproduktivität um 7,7 Prozent, das 1984 deutlich über dem jährlichen Wachstum von 5,7 Prozent im Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1983 lag. Hervorzuheben ist, daß die Senkung des Produktionsverbrauchs seit nunmehr schon vier Jahren wesentlich zu dieser Dynamik beiträgt (1984 resultierten 40 Prozent des Wachstums des Nationaleinkommens daraus);

– Es ist gelungen, neue Effektivitätsquellen zu erschließen, z. B. bedeutender Ausbau der Förderung einheimischer Rohstoffe und umfassender Einbau der sekundären Rohstoffe in den gesamten Reproduktionskreislauf;

– Es wurden Arbeitskräfte in beträchtlichem Umfang für die Lösung neuer volkswirtschaftlicher Aufgaben gewonnen, wobei das Recht auf Arbeit als unangreifbares Recht im Sozialismus konsequent durchgesetzt wird (Schwedter Initiative);

– Es ist gelungen, die Investitionskosten entscheidend zu senken, eine Reduzierung des Umfangs der unvollendeten Investitionen zu erreichen und die Investitionen konzentriert einzusetzen;

– Es konnte ein beträchtlicher positiver Handelsbilanzsaldo bei härtesten Konkurrenz- und Boykottbedingungen im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet erzielt werden;

– Die hohen ökonomischen Leistungen schlugen sich in weiteren bedeutenden sozialen Ergebnissen nieder. Allein 1984 wurden 207 034 Wohnungen neugebaut bzw. modernisiert. Der Einzelhandelsumsatz stieg um 4,1 Prozent, das Realeinkommen und das Volumen der Dienstleistungen um je 4 Prozent.

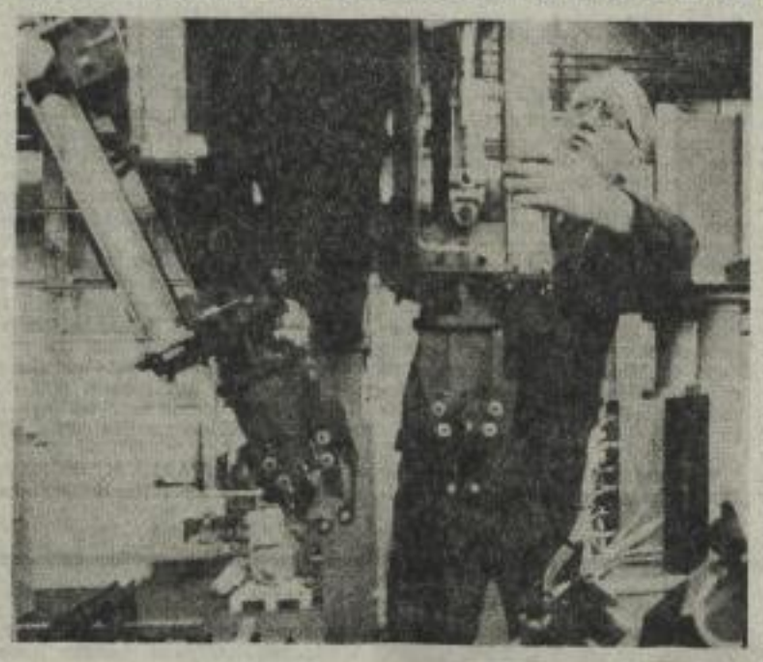
„Nehmen wir die Bilanz der ersten Hälfte der 80er Jahre, so enthält sie für die weitere Vorbereitung des XI. Parteitages vor allem eine wesentliche Aussage. Die Deutsche Demokratische Republik besitzt die grundlegenden Voraussetzungen, um die hohe Dynamik der ökonomischen Entwicklung auch künftig zu gewährleisten, ja, sie gezielt zu beschleunigen. Das Politbüro hat Kommissionen eingesetzt, die in diesem Sinne arbeiten. Wir lassen uns davon leiten, daß unsere Volkswirtschaft wachstumsorientiert bleibt, weil nur so die Bedingungen zu schaffen sind, um das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes schrittweise zu verbessern, den Sozialismus allseitig zu stärken und seine Verteidigungsfähigkeit zu sichern.

Der springende Punkt ist, das ökonomische Wachstum durch die umfassende Intensivierung auf Dauer zu gewährleisten. Das verlangt, die Ziele für die Steigerung der Arbeitsproduktivität hoch anzusetzen, verlangt, den spezifischen Produktionsverbrauch weiter zu senken. Steigende Qualität und Effektivität liegen allen volkswirtschaftlichen Planungen zugrunde. Für diese Perspektive besteht eine stabile Basis in den Vereinbarungen über die Vertiefung der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Auch weiterhin werden wir einen aktiven Beitrag zur Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration leisten, wie es den Beschlüssen der Wirtschaftsberatung der Mitgliedsländer des RGW auf höchster Ebene entspricht", sagte der Generalsekretär des ZK der SED, Gen. Erich Honecker, in der Rede auf der 10. Tagung des ZK der SED.

Für die umfassende Intensivierung sind folgende Merkmale kennzeichnend:

1. Die Intensivierung erfaßt alle Phasen des Reproduktionsprozesses der Volkswirtschaft wie der Kombinate und aller Bereiche (produzierende und nichtproduzierende) der Volkswirtschaft.

2. Alle Elemente und Faktoren der Produktion und Reproduktion werden in den Intensivierungsprozeß einbezogen. Die Einsparung von Arbeitszeit und Arbeitsplätzen ist mit der Einsparung von Material und Energie so zu kombinieren, daß der Gesamtaufwand gesenkt wird.



Mit einer mikroelektronischen Steuerung werden seit diesem Jahr Wellenfertigungsstraßen aus der Werkzeugmaschinenfabrik Magdeburg ausgerüstet. Diese neuen Bearbeitungszentren gehören zu dem um ein Drittel erneuerten Produktionsprogramm des Betriebes.

Das Foto zeigt die Montage eines Portalmanipulators, der die Werkstücke vom Transportband nimmt, in die Maschinen legt und nach der Bearbeitung wieder auf das Transportband zurückführt. Foto: ADN-ZB

3. Alle eingesparten Elemente des laufenden Reproduktionsprozesses sind in reproduzierbares Wachstum umzuwandeln. Das heißt, mit der Senkung des Produktionsverbrauchs und der Einsparung von Arbeitszeit sind die Potenzen und Mittel freizusetzen, um ein dynamisches Wachstum zu sichern. Dieser Wiedereinsatz der eingesparten Ressourcen muß so erfolgen, daß dadurch qualitative Veränderungen im gesamten Reproduktionsprozeß vonstatten gehen (steigende Schichtauslastung, Konsumgüter- und Rationalisierungsmittelproduktion).

4. Durch die volle Nutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution ist ein hohes Tempo in der Erneuerung von Erzeugnissen und Verfahren zu erreichen. Das ist ein wesentliches Merkmal hoher Veredlung. Es geht um neue Erzeugnisse in bedarfsdeckenden Stückzahlen, die eine echte Gebrauchswerterhöhung verkörpern und es bei sinkendem Produktionsaufwand ermöglichen, einen hohen Neuwert zu realisieren. Der Hauptweg, um diese beiden strategischen Zielstellungen zu realisieren, läßt sich so kennzeichnen: „Durch neue Technologien und neue Produkte zu höherer Effektivität". (E. Honecker, 7. Tagung, S. 30)

Konsequenzen aus der neuen Etappe der Wirtschaftsstrategie für die Erhöhung der Qualität und Effektivität des wissenschaftlich-produktiven Studiums

Auf der Basis des Politbürobeschlusses zu Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft vom 18. März 1980 und der neuen Etappe der Realisierung der ökonomischen Strategie ergeben sich folgende Schlußfolgerungen von allgemeingültiger Bedeutung für die Gestaltung von Erziehung, Aus- und Weiterbildung:

1. Konsequente Orientierung der kommunistischen Erziehung und fachwissenschaftlichen Bildung an den künftigen gesamtgesellschaftlichen, besonders ökonomischen Erfordernissen.

Notwendig ist die genaue Kenntnis künftiger gesamtgesellschaftlicher Anforderungen.

a) sie unterliegen tiefgreifenden qualitativen und quantitativen Wandlungen;

Notwendig sind also steigende Disponibilität und Mobilität, die Bereitschaft, sich neuen Aufgaben zu stellen.

b) sie sind durch den zunehmenden Prozeß der Vergesellschaftung geprägt;

Das erfordert eine stärkere Kooperationsfähigkeit, das Vermögen, die Wirkung der eigenen Tätigkeit gesamtgesellschaftlich beurteilen zu können und die Tatsache, mehrere Anschlußstücke eigener Arbeit zu kennen.

c) die Wissenschaft durchdringt die Produktion und alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens;

Das bedeutet, die Fähigkeit wissenschaftlichen Arbeitens zu erlernen. Dies gilt für jeden Studenten. Neben einem breiten Grundlagenwissen gilt der Methodik wissenschaftlichen Arbeitens steigende Aufmerksamkeit.

d) es verflechten sich durch die ökonomische Strategie zunehmend die verschiedenen gesellschaftlichen Prozesse bei zunehmendem Innovationstempo;

Das erfordert, einen weiteren gesellschaftlichen Horizont der Studenten zu erzielen, und die einzelnen Ausbildungsrichtungen in ihrer Verflechtung zu erfassen.

2. Umfassende und durchgängige Sicherung der Einheit von kommunistischer Erziehung und fachwissenschaftlicher Bildung.

Es geht um die Einheit von fachwissenschaftlich höchstem Niveau und Ausschöpfung aller weltanschaulichen Potenzen und Erziehungsmöglichkeiten. Das erfordert einen engen Kontakt von Hochschullehrern und Studenten, um mit ihnen tieferen Eindringen in spezielle Fach- und Grenzgebiete zugleich deren weltanschauliche und ethische Potenzen erkennen und darstellen zu können.

3. Optimale Gestaltung von theoretischer Grundlagenausbildung, theoretisch-methodologischer Bildung und Aneignung von Spezialwissen.

Dieses Verhältnis ist jeweils fachrichtungsspezifisch zu gestalten und hat jeweils nur für einen ganz bestimmten Zeitraum seine Gültigkeit. Die Bewältigung bzw. Nichtbewältigung hat große Auswirkungen auf die Befähigung der Studenten zur Lösung künftiger Aufgaben im Beruf.

4. Die selbständige wissenschaftliche Arbeit der Studenten ist als ein System steigender Anforderungen zu gestalten.

Hierbei geht es um die Umgestaltung des Studiums in ein System produktiver, nicht passiver Aneignung der Wissenschaft. Neue Momente des Studiums werden vor allem in den differenzierten Formen des sozialistischen Wettbewerbs sichtbar, der als wichtige und eigenständige Form der Ausbildung weiter auszugestalten ist.

5. Konsequente Verwirklichung der Einheit von Theorie und Praxis und weitere inhaltliche Ausgestaltung und Ausschöpfung der Praktikumskonzeptionen.

Es geht um eine durchgängige Praktikumskonzeption, und es ist ständig zu überprüfen, ob es sich um jene spezifische Praxis handelt, die der Absolvent für seine Berufstätigkeit braucht.

6. Das Niveau der Hochschulbildung und seine Erhöhung hängt ab von der Beherrschung der Dialektik von Einheitlichkeit und Differenziertheit der Hochschulbildung, politisches Bewußtsein vorausgesetzt.

Es geht darum, die individuellen Begabungen und Potenzen jedes Studenten, nicht nur der Besten, zu entdecken und zu fördern. Es geht stets um den berufsfähigen Absolventen, wobei die Wege hierzu sehr differenziert verlaufen können.